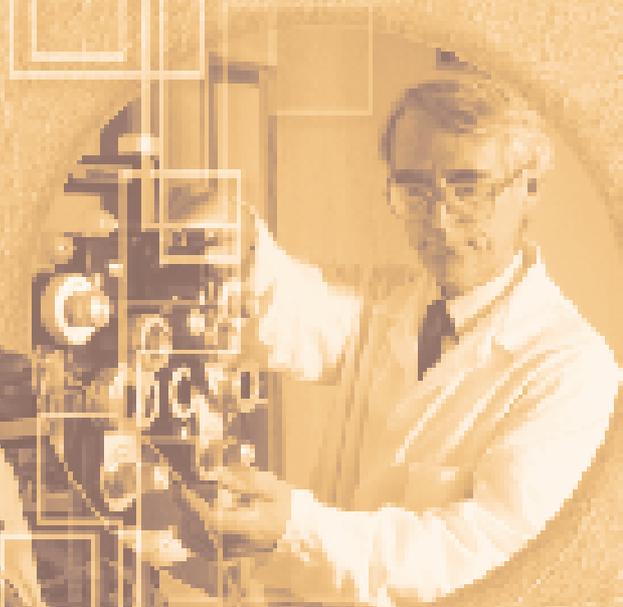


Handwerk- und KMU Politik Agenda für Europa UEAPME 2000




UEAPME

Herausgeber:
Gerhard Huemer

Andrea Bonetti
Präsident

Hans-Werner Müller
Generalsekretär

VORWORT

Am Beginn des neuen Jahrtausends wurde die UEAPME zur einzigen europaweit tätigen Unternehmensvertretung für Handwerk und KMU. Dies ist die Folge unseres Fusion mit EUROPMI im Juli 1999 und unseres Abkommens mit UNICE über die umfassende Teilnahme der UEAPME am Europäischen Sozialen Dialog. Um die Erwartungen unserer Mitglieder und die Verpflichtungen aus dieser Funktion zu erfüllen, muß die UEAPME ihre Rolle im europäischen politischen Entscheidungsprozeß weiter stärken. Auf Basis einer klarer Analyse der Situation, der Herausforderungen für KMU sowie deren Probleme, muß UEAPME Vorschläge für Lösungen zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Umfeldes für unsere Mitglieder präsentieren. Dabei sollte UEAPME die Rolle eines "Agenda Setters" in der Europäischen Unternehmenspolitik spielen.

Zur Verbesserung der Position von UEAPME ist jedoch nicht nur die Stärkung ihrer Rolle im europäischen politischen Entscheidungsprozeß notwendig. UEAPME muß auch die Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedern in den Ländern der Beitrittskandidaten intensivieren und die unterstützenden Organisationen wie Akademie Avignon und NORMAPME stärken sowie ihre Rolle im Sozialen Dialog weiterentwickeln.

Mit "UEAPME 2000 - Handwerk- und KMU-Politik für Europa" präsentiert UEAPME erstmals eine umfassende politische Strategie für private Eigentümer-Unternehmen in Europa. Dieses Strategiepapier ist das Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses mit allen UEAPME Mitgliedsorganisationen. Beginnend mit einer Beschreibung der Rolle von Handwerk und KMU in Europa, beinhaltet UEAPME 2000 eine umfassende Analyse der Herausforderungen für unsere Unternehmen und UEAPMEs Vorschläge zur Bewältigung dieser Herausforderungen. Schließlich präsentiert UEAPME ihr neues "Leitbild", welche unsere Ziele und Aufgaben einem breiten Publikum darlegt.

November, 2000



INHALT

1. DIE ROLLE DES HANDWERKS UND DER KMU IN EUROPA	3
1.1 KMU: für wirtschaftliche Dynamik und die Schaffung von Arbeitsplätzen.....	3
1.2 KMU: Wegbereiter und Mitgestalter des Strukturwandels in Europa.....	3
1.3 KMU: entscheidender Faktor im Europäischen Gesellschaftsmodell	3
1.4 KMU: Träger kultureller Werte und Fertigkeiten.....	4
1.5 KMU - ein neues Ziel der EU-Politik.....	4
2. HERAUSFORDERUNGEN UND STRATEGIEN FÜR HANDWERK UND KMU	6
2.1 KMU müssen auf einer gerechten Basis konkurrieren können.....	6
Verwaltungsaufwand.....	6
Elektronischer Geschäftsverkehr	6
Umweltvorschriften	6
Verbraucherschutz.....	7
Schutz der Arbeitnehmer	7
Gesellschaftsrecht.....	7
Zulieferung	8
2.2 KMU müssen international agieren.....	8
Binnenmarkt.....	8
Erweiterung der EU.....	9
Welthandelsorganisation (WTO) - Neue Dienstleistungsverhandlungen.....	10
2.3 KMU müssen die Technologie- und Innovationslücke schließen	10
2.4 KMU müssen mit der Schattenwirtschaft konkurrieren.....	11
2.5 KMU brauchen moderne Formen der Arbeitsorganisation	12
2.6 KMU benötigen besseren Zugang zur Finanzierung	13
2.7 Existenzgründungen, Zahlungsunfähigkeit und Konkurse	13
2.8 Qualitätsstandards: Regulierung oder Zertifizierung	14
2.9 KMU benötigen einen besseren Zugang zur Qualifikation	15
2.10 KMU benötigen eine einflußreiche Interessenvertretung	15
3. EINE NEUE EUROPAPOLITISCHE AGENDA FÜR HANDWERK UND KMU	17
3.1 Unternehmenspolitik für KMU - Stärkung der Dynamik.....	17
3.2 Außenbeziehungen und Handelspolitik für KMU - offene Märkte, aber Fair play.....	18
3.3 Wirtschaftspolitik für KMU - Wachstum und Beschäftigung.....	18
3.4 Sozialpolitik für KMU - faire Arbeitsbeziehungen und Verantwortungsbewußtsein	19
4. UEAPME ENGAGIERT SICH FÜR HANDWERK UND KMU	21
4.1 UEAPME - die „Stimme“ der KMU in Europa	21
4.2 UEAPME - Partner für die KMU-Politik in Europa.....	21
4.3 NORMAPME - die Stimme der KMU in der europäischen Normung.....	22
4.4 AKADEMIE AVIGNON - der europäische Think-Tank für KMU.....	22

DIE ROLLE DES HANDWERKS UND DER KMU IN EUROPA

1 **KMU: FÜR WIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK UND DIE SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN**

Von den gegenwärtig 18,6 Millionen Unternehmen in der Europäischen Union sind 99,7 % KMU. Es gibt nur 35 000 Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten, aber 18 Millionen Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern – die Kleinstunternehmen. Das durchschnittliche europäische Unternehmen beschäftigt einschließlich des Eigentümers bzw. des Geschäftsführers 6 Mitarbeiter. In den letzten zehn Jahren haben die KMU zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen, während die Großunternehmen insgesamt Arbeitsplätze abgebaut haben. Die KMU sind also die dynamischste Kraft in unserer Wirtschaft. Das Wachstum der KMU war primär exportinduziert, da die KMU nach und nach ihren Wunsch realisieren, Handel mit dem Ausland zu treiben, bzw. eine Folge der Zunahme des Dienstleistungssektors. Das Umsatzwachstum war in den KMU zwischen 1988 und 1998 erwiesenermaßen kräftiger als in den großen Unternehmen. Im allgemeinen werden 10 % des Gesamtumsatzes der KMU außerhalb der nationalen Grenzen erwirtschaftet. Viele KMU wirken in ihrer Rolle als Lieferanten von intermediären Waren und Dienstleistungen jedoch auch als indirekte Exporteure. Die Verringerung der Inflation sowie die wirtschaftliche Annäherung (insbesondere durch die Einführung des Euro) haben zur Verbesserung der Geschäftsbedingungen für die KMU beigetragen. Zwischen 1988 und 1998 stieg die Zahl der Unternehmen in Europa um 15 %. Seit 1993 erholen sich auch die Kleinstunternehmen von der Rezession und wachsen schneller als alle anderen Unternehmen.

2 **KMU – WEGBEREITER UND MITGESTALTER DES STRUKTURWANDELS IN EUROPA**

Die maßgebliche Rolle der KMU für die

wirtschaftliche Entwicklung und den Strukturwandel in Europa darf nicht unterschätzt werden. Die Zukunft der europäischen Wirtschaft, zB. im Bereich des elektronischen Geschäftsverkehrs, der Informationsgesellschaft, der Zulieferung, des Outsourcing und der Bereitstellung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen, hängt weitgehend von der Entwicklung der KMU ab. KMU sind ein wichtiges Bindeglied innerhalb der Wirtschaft und zum Konsumenten, und sie sind daher ein wesentlicher Funktionsfaktor für die Wirtschaft und die lokale Versorgung der Menschen.

3 **KMU: ENTSCHEIDENDER FAKTOR IM EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFTSMODELL**

Die KMU spielen nicht nur eine wichtige Rolle in der Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft, und sie bilden den Kern des sogenannten Europäischen Gesellschaftsmodells. Die Eigentümer und Geschäftsführer dieser Unternehmen sind im allgemeinen stärker an einer langfristigen Entwicklung ihrer lokalen Wirtschaft interessiert, während sich Aktionäre und Management eher kurzfristige Gewinne und Umsatzsteigerungen zum Ziel haben. Im allgemeinen zeigen die KMU mehr Verantwortung für ihre Beschäftigten und sie sind enger in die lokale Gesellschaft eingebunden. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Gesellschaft und dienen als Brücke zwischen den Arbeitnehmern und Kapitalanlegern. Deshalb haben viele Mitgliedstaaten der EU einen Regulierungsrahmen zur Sicherung der Kontinuität und Qualität der KMU sowie spezielle Pläne für die Berufsausbildung und Regeln für den Zugang zu bestimmten Berufen eingeführt. Andere Länder versuchen das gleiche Ziel durch Normung und Zertifizierung zu erreichen. Für eine gesunde und nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung muß das richtige Gleichgewicht zwischen Strukturwandel und Dynamik auf der einen Seite und einem gewissen Maß an Sicherheit für die Wirtschaftsteilnehmer auf der anderen Seite gefunden werden.



Gleichzeitig benötigen moderne Wirtschaftsgesellschaften eine nachhaltige Kombination von kurzfristiger Markteffizienz und günstigen Voraussetzungen für langfristige Investitionen in Kapital, Qualifikation und Infrastrukturen. Aus diesem Grund bestimmen die institutionellen Parameter und der Regulierungsrahmen maßgeblich die Fähigkeit einer Gesellschaft zur Modernisierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Gesellschaft. Die KMU sind stärker von wirtschaftlichen und sozialen Spannungen betroffen und deshalb traditionell sensibler für gesellschaftliche Veränderungen als Großunternehmen und Kapitalanleger.

4 **KMU: TRÄGER KULTURELLER WERTE UND FERTIGKEITEN**

Die Bedeutung von Handwerk und KMU als Wegbereiter für eine kontinuierliche kulturelle Entwicklung in Europa während der letzten zweitausend Jahre sollte nicht übersehen werden. Diese Rolle, welche entscheidend sowohl zur nachhaltigen Entwicklung als auch zum Erhalt des kulturellen Erbes beitrug, sollte im neuen

Jahrtausend ermuntert und gestärkt werden. Durch Flexibilität, Vielfalt, unternehmerisches Denken, Geschicklichkeit und Erfindungsgabe hat vor allem das Handwerk zur Verbesserung der Zusammenarbeit, des gegenseitigen Verstehens und Akzeptierens der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen wie Rassen, Nationalitäten, Klassen, Geschlechter und Generationen beigetragen. Die Bewahrung unseres kulturellen Erbes und die Schaffung neuer Werte ist diesen Unternehmen ein besonderes Anliegen.

5 **KMU – EIN NEUES ZIEL DER EU-POLITIK**

Bis zur Errichtung des Binnenmarktes waren die KMU nicht sehr von den Entwicklungen in der EU betroffen. Sie waren primär eine Angelegenheit der Großunternehmen und ihrer Vertreter, welche die Hauptrolle bei der Schaffung des europäischen Wirtschaftsrahmens spielten. Durch die Einführung des freien Dienstleistungsverkehrs und der Niederlassungsfreiheit, durch wichtige Fortschritte bei der Harmonisierung und gegenseitigen Anerkennung (zB. auf dem Gebiet der Qualifikation und der Standardisierung) sowie durch die Schaffung eines gemeinsamen Rechtsrahmens erfaßten diese Entwicklungen und Politiken der EU jedoch auch die KMU. Da die KMU damals nicht über eine einflußreiche Vertretung verfügten, beherrschten die Interessen der Großindustrie, der Arbeitnehmer und der verschiedenen Mitgliedstaaten weiterhin die Wirtschafts- und Strukturpolitik, die jedoch in weiten Bereichen nicht den Bedürfnissen der KMU entsprach. Inzwischen ist UEAPME zur europäischen „Stimme“ der KMU geworden und stellt deren maßgebliche Bedeutung für die Wirtschaft der Europäischen Union, ihre Wettbewerbsfähigkeit, ihr Wachstum und ihr Beschäftigungspotential heraus. Diese Rolle wird mittlerweile auch von den Entscheidungsträgern in ganz Europa anerkannt. Im dritten Kapitel dieses Strategiepapiers stellt UEAPME ihre grundlegenden Ziele für eine Europäische KMU Politik vor.

HERAUSFORDERUNGEN UND STRATEGIEN FÜR HANDWERK UND KMU

1 **KMU MÜSSEN AUF EINER GERECHTEN BASIS KONKURRIEREN KÖNNEN**

Verglichen mit Großunternehmen, stellen KMU eine viel heterogene Gruppe dar und erfordern deshalb auch eine größere politische Sensibilität. Ursprünglich sollte die Abschaffung der Grenzen den Großunternehmen zugute kommen - das Modewort lautete „Größenvorteile“. Heute wissen wir jedoch, daß dies für die Schaffung von Wohlstand in der gesamten EU nicht ausreicht. Die KMU müssen in die Lage versetzt werden, in einer globalen Wirtschaft mit den Großunternehmen zu konkurrieren. In einigen Sektoren müssen KMU dies auch mit Dienstleistungsanbietern aus dem öffentlichen Sektor, welche unter ganz anderen administrativen und rechtlichen Bedingungen arbeiten und daher oft billiger anbieten können. Die europäischen Entscheidungsträger müssen den besonderen Eigenschaften und Bedürfnissen der KMU im Vergleich zur Großindustrie Rechnung tragen. Die KMU leiden unter dem Nachteil, nur über begrenztes Human- und Finanzkapital zu verfügen und oft lokal gebunden zu sein. Die Kleinheit bringt aber auch Vorteile, wie größere Flexibilität und die Fähigkeit, sich rasch an veränderte Marktbedingungen anzupassen. Ein „think small first“-Ansatz sollte daher zu einem Leitprinzip der europäischen Politiken werden.

VERWALTUNGSAUFWAND

Die Verringerung des „Papierkriegs“ für KMU sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene stellt einen wesentlichen Faktor für die Schaffung eines günstigen Wirtschaftsklimas dar. Deshalb muß bei der Bestimmung von Form und Inhalt einer Rechtsvorschrift deren Auswirkungen auf die Unternehmen große Aufmerksamkeit geschenkt werden. In diesem Zusammenhang sollte eine Analyse der tatsächlichen Auswirkungen der Rechtsvorschriften und Instrumente auf den Verwaltungsaufwand obligatorisch durchgeführt werden. Die Verwaltungsverfahren für die Unternehmen müssen vereinfacht und die Dienstleistungen zur Unterstützung der Unternehmen verbessert werden.

ELEKTRONISCHER GESCHÄFTSVERKEHR

Der schnell wachsende Markt des elektronischen Geschäftsverkehrs betrifft die KMU sowohl als Lieferanten als auch als Empfänger. So sind neue Rechts- und Verwaltungsvorschriften erforderlich, um sichere und faire Bedingungen für alle Marktteilnehmer zu schaffen. In diesem Prozeß müssen alle betroffenen Gruppen in die Erarbeitung von Lösungen einbezogen werden, die auch von allen Teilnehmern akzeptiert werden können. Als Grundsatz muß gelten: keine Diskriminierung und kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand für „Online-Geschäfte“ gegenüber „Offline-Geschäften“; Gleichbehandlung von elektronischen und auf Papier abgeschlossenen Verträgen; Regulierung nach dem „Herkunftslandprinzip“ auf der Basis von harmonisierten Mindestnormen für die Verbraucher.

UMWELTVORSCHRIFTEN

Die KMU werden von den meisten Entwicklungen der Umweltpolitik schwer getroffen: Gesetze zur Begrenzung der Schadstoffemissionen; Umweltsteuern und Besteuerung von Ressourcen; Konzepte betreffend den Lebenszyklus von Produkten; Umweltzertifizierung. Diese Entwicklungen eröffnen aber vielen KMU, besonders im Dienstleistungssektor, auch neue Geschäftsmöglichkeiten.

Um diese Herausforderungen zu meistern, benötigen die KMU einen stärker „marktorientierten Ansatz“ anstelle von mehr „Anordnungen und Kontrolle“. Außerdem müssen bei der Regulierung die Besonderheiten der Unternehmensführung von KMU berücksichtigt werden.

VERBRAUCHERSCHUTZ

In den letzten Jahren haben die Europäische Kommission und das Europäische Parlament ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Verbraucherschutzes (verbundene Garantien, E-Commerce usw.) erheblich verstärkt. Dabei vernachlässigten sie aber die negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der KMU, die hauptsächlich auf regionaler oder lokaler Ebene agieren.

Für eine Gleichbehandlung ist mehr Flexibilität

entscheidend: gegenseitige Anerkennung statt Harmonisierung, wobei eine Harmonisierung nur als notwendig betrachtet werden sollte, wenn ansonst die Entwicklung des Binnenmarktes behindert wird.

SCHUTZ DER ARBEITNEHMER

Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer sind wesentlich für ihr Wohlergehen und damit für eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld erfordert auch eine enge Zusammenarbeit zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitnehmern.

Während der letzten zehn Jahre wurden beachtliche Fortschritte bei der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz erreicht. Anstelle neuer Rechtsvorschriften sollte nun die Konsolidierung des Erreichten im Mittelpunkt stehen. Dies kann am besten durch die Erarbeitung von Leitlinien und ähnliches erreicht werden, die besonders den KMU die Anwendung der Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen erleichtern. Ohne das Niveau des Arbeitnehmerschutzes in Frage zu stellen, sollte bei der Wahl der Maßnahmen zur Zielerreichung die Unternehmensgröße berücksichtigt werden. Evaluierungen und Analysen sollten zu einer Vereinfachung des rechtlichen Rahmens führen, um nicht notwendige Belastungen für KMU zu vermeiden.

GESELLSCHAFTSRECHT

Die Harmonisierung des europäischen Gesellschaftsrechts hatte bisher nur äußerst mäßigen Erfolg. Die wichtigste Errungenschaft stellt die „Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung“ (EWIV) dar. Die von dieser Gesellschaftsform erfaßten Anwendungen sind nach wie vor sehr begrenzt. Außerdem kommen die Diskussionen über die „Europäische Aktiengesellschaft“ aufgrund der erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten kaum voran, wobei diese nur für einige wenige Großunternehmen von Nutzen wäre. Deshalb wird eine spezifische Rechtsvorschrift für eine europäische Gesellschaftsform benötigt, die von den Millionen KMU in der ganzen EU angewendet werden kann, um den KMU zu erleichtern, die Vorteile des

Binnenmarktes in vollem Umfang zu nutzen. Das Ziel sollte eine Erleichterung für grenzüberschreitende Betriebsgründungen für KMU sein.

ZULIEFERUNG

Die Zulieferung ist eine schnell wachsende Branche und für viele KMU ein wichtiges Mittel für Erfolg auf den Märkten. Zunehmende Abhängigkeit und relativ geringe Verhandlungsmacht stellen für die Subunternehmer die negative Seite dieses Geschäftsbereichs dar. Entschädigungslose Vertragsänderungen und Zahlungsverzug sind nur zwei der häufigsten Probleme, die sich aus dieser Konstellation ergeben.

Ein Weg, um den Subunternehmen zu helfen, wäre die Erarbeitung von Leitlinien für Zulieferverträge. Die KMU benötigen jedoch eine gemeinsame Lösung und kein Diktat seitens der Generalunternehmer, wie es von den Großunternehmen vorgeschlagen wurde.

2 KMU MÜSSEN INTERNATIONAL AGIEREN

In den letzten Jahrzehnten ist Europa enger zusammengewachsen. Verstreute und zersplitterte Märkte haben sich geöffnet. Der Binnenmarkt hat eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Wirtschaftshemmnissen beseitigt. Die volle Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 2002 ist ein weiterer Schritt zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes. Darüber hinaus wird der europäische Markt durch den Prozeß der Erweiterung der Europäischen Union und die Errichtung des euro-mediterranen Raums in naher Zukunft erheblich ausgedehnt. Die Fortsetzung der Uruguay Runde (in-built agenda) im Rahmen der WTO und neue Marktentwicklungen wie die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien und des elektronischen Geschäftsverkehrs werden in noch größerem Maßstab wirtschaftliche Grenzen abbauen. All das trägt zur Realisierung einer globalen Weltwirtschaft bei. Diese Globalisierung der Märkte hat beträchtlichen Einfluß auf die

Wettbewerbssituation der europäischen KMU. Sie müssen ihre Strategien auf der Basis einer besseren Wahrnehmung sowohl der strategischen Fortschritte von Wettbewerbern in Drittländern als auch der Drittmärkte, zu denen sie Zugang erlangen wollen, anpassen. Der Grad der Internationalisierung der europäischen KMU ist im Binnenmarkt wie auch außerhalb der EU noch immer zu gering. Deshalb benötigen die KMU bessere regulative Bedingungen für den Marktzugang und zusätzliche Maßnahmen für Unternehmenspartnerschaften auf internationaler Ebene.

BINNENMARKT

Der Binnenmarkt und der Euro stellen wesentliche Pfeiler der Wirtschafts- und Währungsunion dar. Mit wachsender Reife des Binnenmarktes gilt das Hauptaugenmerk nicht mehr der Schaffung eines Rechtsrahmens für die Integration der nationalen Märkte. Jedoch muß der Nichtumsetzung bzw. Nichtanwendung von vereinbarten Richtlinien auf nationaler Ebene auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die europäischen KMU leiden nach wie vor unter der fehlenden Akzeptanz des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung, äußerst geringen Fortschritten im europäischen Normungsprozeß, der geringen Einbindung der KMU in diesen Prozeß, mangelnden Informationen über das europäische öffentliche Beschaffungswesen, der fehlenden Harmonisierung und dem hohen Verwaltungsaufwand im Bereich der indirekten Besteuerung und dem fehlenden Zugang zu Finanzmitteln mit der richtigen Laufzeit und zum richtigen Preis bzw. Informationen darüber. Aus der Sicht von KMU ist daher der Binnenmarkt weit von seiner Finalisierung entfernt.

ERWEITERUNG DER EU

In den MOEL, wo die Wirtschaft früher durch gigantische Industriekomplexe beherrscht wurde, erleben die KMU des privaten Sektors eine rasche Entwicklung. Ihre Kreativität und Flexibilität sind Vorbedingungen für eine erfolgreiche Vollendung des Umgestaltungsprozesses. Die EU-Mitgliedschaft wird diesen Prozeß beschleunigen, und ihre Vorbereitung ist auch für die Organisationen der KMU in den MOEL eine gewaltige Herausforderung.

Auf der anderen Seite wird die Erweiterung auch beträchtliche Auswirkungen auf die KMU in der Europäischen Union haben, insbesondere auf die Unternehmen, die arbeitsintensive Dienstleistungen in den Grenzgebieten zwischen der EU und den Bewerberländern anbieten. Diese werden aufgrund der geringeren Lohnkosten in den MOEL unter erheblichen Preisdruck geraten. Viele Arbeitsplätze in den Grenzgebieten der EU werden auf dem Spiel stehen, wenn die mittel- und osteuropäischen Bürger zur Arbeit in die EU kommen, aber ihren Wohnsitz in den MOEL behalten, so daß sie deutlich niedrigere Löhne akzeptieren können. Weiters führt die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus den MOEL in die derzeitigen Mitgliedsstaaten zu Qualifikationsmängeln in den MOEL, welche deren Anpassungsfähigkeit und deren notwendigen wirtschaftlichen Fortschritt beeinträchtigen.

Die KMU auf beiden Seiten brauchen eine gut vorbereitete Heranführungsstrategie, um die folgenden Herausforderungen zu bewältigen:

- Die Auswirkungen auf die derzeitigen Mitgliedsstaaten der EU (sowohl aus finanzieller Sicht als auch im Hinblick auf die Einwanderung) werden um so geringer sein, je schneller sich die Bewerberländer an die EU-Normen anpassen.
- KMU Organisationen in den Beitrittsstaaten müssen gestärkt werden, damit ihre Interessen bei der Beitrittsvorbereitung berücksichtigt werden. UEAPME ist bereit, diesen Organisationen in Zusammenarbeit mit ihren nationalen Mitgliedern und mit Unterstützung der EU zu helfen.
- Die EU sollte den KMU in den Bewerberländern längere Fristen für die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands („Acquis communautaire“) gewähren, sofern dies zu keiner Verzerrung des Wettbewerbs führt, wenn sie aufgrund fehlender finanzieller Mittel den Zeitplan der Europäischen Kommission nicht einhalten können.
- Die länderübergreifende Zusammenarbeit der EU sollte ausgebaut werden, da Kooperationsprojekte zwischen der EU und den Bewerberländern die Anpassung beschleunigen und das gegenseitige Vertrauen stärken können.
- Vorübergehende Quoten für Beschäftigte (incl. Selbständige) aus den MOEL, die in den

gegenwärtigen Mitgliedstaaten der EU arbeiten wollen, könnten dazu beitragen, Verzerrungen auf dem Arbeits- und Dienstleistungsmarkt zu begrenzen.

WELTHANDELSORGANISATION (WTO) - NEUE DIENSTLEISTUNGSVERHANDLUNGEN

Die KMU sind nach wie vor überzeugt, daß umfassende Verhandlungen im Rahmen der Millennium Round der WTO am besten die Interessen aller WTO-Mitglieder widerspiegeln hätten, so daß mögliche Vorteile allen zugute gekommen wären. Eine umfassende Runde wäre wichtig gewesen, weil nur dadurch ein ausgewogenes Paket an Rechten und Pflichten erzielbar gewesen wäre.

Auf dem Gebiet der Zölle und Zollverfahren sind folgende Forderungen noch nicht erfüllt: Für die Verbesserung des Marktzugangs brauchen die KMU weitere Fortschritte bei der Senkung der Zölle (Abschaffung der Mindestzölle, Erweiterung des Marktzugangs für die Entwicklungsländer, Verringerung der Unterschiede zwischen gebundenen und angewandten Zöllen sowie von anderen Unsicherheiten); eine wirksamere Einschränkung der nichttarifären Handelshemmnisse (Lizenzvergabe, Zertifizierungsverfahren), die für die KMU eine größere Herausforderung darstellen als für Großunternehmen; die Vereinfachung der Handelserleichterungen (Ersatz der Inspektionen vor dem Versand, Reduzierung und Harmonisierung der Angaben und Unterlagen, Modernisierung der Zollverwaltung), weil alle diese Hindernisse die KMU stärker beeinträchtigen als die großen Unternehmen.

Im Dienstleistungssektor haben die Verhandlungen über die sogenannte "in-built agenda" begonnen. Diese sollten das derzeitige Ungleichgewicht bei den Verpflichtungen zwischen Ländern und Dienstleistungsarten korrigieren. Das nächste Dienstleistungsabkommen sollte umfassendere Verpflichtungen von allen WTO-Mitgliedern für den Marktzugang und die Inländerbehandlung beinhalten. Im Prinzip sollten grenzüberschreitende Dienstleistungen ohne Bewegungen von natürlichen Personen und Verbrauchern uneingeschränkt möglich sein. Auch die Einschränkungen für Mehrheitsbesitz sollten

zur Sprache kommen. Die Beschränkung der Zahl der Dienstleistungsanbieter sollte nicht für tatsächliche Investitionen gelten, solange die bestehende Gesellschaftsordnung den Eigentümern nicht die Möglichkeit des Zugangs zum nationalen Arbeitsmarkt bietet.

Eine Ausdehnung des globalen Handels ohne gemeinsame Regeln für einen fairen Wettbewerb zwischen den Partnern könnte das Gleichgewicht der Weltwirtschaft gefährden und die Unterstützung der Öffentlichkeit für offene Märkte verringern. Deshalb müssen die WTO-Regeln durch horizontale Regelungen im Bereich des Wettbewerbs, der Umwelt und der Arbeitsnormen ergänzt werden, um eine faire Behandlung aller Marktteilnehmer zu gewährleisten. Diese Regeln dürfen aber nicht als neue Instrumente zum Schutz nationaler Interessen benutzt werden.

3

KMU MÜSSEN DIE TECHNOLOGIE- UND INNOVATIONSLÜCKE SCHLIEßEN

Die KMU sind im allgemeinen flexibler und können schneller reagieren als größere Unternehmen. Die Realität zeigt aber, daß eine große Kluft bei der Einführung von neuen Technologien und modernen Kommunikationssystemen sowie bei der Innovation besteht. Es ist klar, daß die Forschungsarbeit normalerweise nicht von den KMU geleistet wird, aber die KMU brauchen einen effizienten Zugang zu neuen Technologien, die sie zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit brauchen. Jedes KMU muß eigene Anstrengungen unternehmen, um diese Lücke zu schließen, aber die FT&E gehört zu den Wirtschaftsbereichen, in denen eine Unterstützung durch die Behörden von maßgeblicher Bedeutung ist, nicht zuletzt wegen der „Spill-over“-Effekte von FT&E. Diese Unterstützung ist so zu organisieren, daß die verschiedenen Instrumente den konkreten Anforderungen der KMU entsprechen:

KMU BENÖTIGEN EINEN LOKALEN ODER REGIONALEN ANSATZ

Obwohl der Bedarf an europäischen Forschungsanstrengungen durch den Erfolg der

Rahmenprogramme für Forschung und Entwicklung nachgewiesen wurde, können diese nicht wirksam realisiert werden, wenn nicht zugleich eine solide nationale und, noch wichtiger, eine gesunde regionale Ebene der FT&E-Tätigkeit existiert. KMU, die auf lokaler oder regionaler Ebene arbeiten, müssen in ihrer Region Zugang zu Forschungsmitteln haben.

KMU BRAUCHEN DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSINSTITUTEN

Die mangelnde Interaktion zwischen den KMU und den Hochschulen und Forschungsinstituten ist eines der Hauptprobleme in der EU. Im Ergebnis dessen erzeugen diese Institute zu wenig marktfähige Ergebnisse und Produkte. Außerdem haben die KMU Schwierigkeiten, Partner für ihre Forschung zu gewinnen. Es muß eine Lösung gefunden werden, die einen Anreiz für die Forscher bildet, sich den KMU zuzuwenden.

KMU BRAUCHEN FLEXIBLERE FT&E-PROGRAMME

Mehr Flexibilität bei der Formulierung, die Möglichkeit, jederzeit Vorschläge zu unterbreiten und Programmen ohne einen spezifischen thematischen Ansatz von Anfang an und ohne strenge und festgelegte Fristen beizutreten, sowie eine Verringerung der Zeitspanne kann zu einer stärkeren Beteiligung der KMU an FT&E-Programmen beitragen.

4 KMU MÜSSEN MIT DER SCHATTENWIRTSCHAFT KONKURRIEREN

Die zunehmende Mobilität der Basis für kapital-, umwelt- oder unternehmensbezogene Steuern zwang die nationalen Regierungen, die Abgaben auf Arbeit und Verbrauch zu erhöhen, um ihre Haushalte und Sozialversicherungsleistungen zu finanzieren, weil sie nicht in der Lage waren, ihre Ausgaben entsprechend zu reduzieren. Besonders im arbeitsintensiven Dienstleistungssektor führte das zu einem Anstieg der Arbeitskosten, und der Sektor wurde teilweise aus dem offiziellen Markt hinausgepreist und in die Schattenwirtschaft gedrängt. Dies und die inflexiblen Arbeitsmärkte

in vielen europäischen Ländern stellen den Hauptgrund dafür dar, dass zuwenig Möglichkeiten für einfache und flexible Beschäftigung vorhanden sind. Dies zeigt sich auch in der niedrigeren offiziellen Beschäftigungsrate im europäischen Dienstleistungssektor im Vergleich zu den USA (39,2 % gegenüber 59,2 %; 1998). Hohe Lohnnebenkosten auf der einen Seite und durch Gesetze bzw. Tarifverträge festgelegte Mindestlöhne auf der anderen machen es unmöglich, Produktivität und Gesamtarbeitskosten miteinander in Einklang zu bringen. Diese bilden aber die Grundvoraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Für das Zurückdrängen der Schattenwirtschaft ist daher eine Verringerung der Kluft (Lohnnebenkosten) zwischen hohen Gesamtarbeitskosten und niedrigem Nettoeinkommen wesentlich. Das bedeutet aber, daß, neben den notwendigen Einschränkungen bei den Ausgaben, andere Grundlagen für die Steuern gefunden werden müssen. Da neue Besteuerungsgrundlagen vor allem mobil sein werden, kann das nicht nur auf nationaler Ebene erreicht werden. Eine europäische Reform der Besteuerungsstruktur ist daher eine der Vorbedingung für die Schaffung von genügend neuen Arbeitsplätzen.

5 KMU BRAUCHEN MODERNE FORMEN DER ARBEITSORGANISATION

Eine bessere Arbeitsorganisation als wichtigste Voraussetzung für die Erhöhung der Produktivität und Garantie für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen kann nur erreicht werden, wenn der Flexibilitätsbedarf der Unternehmen und im Gegenzug das Sicherheitsbedürfnis der Arbeitnehmer anerkannt werden. Dieses sogenannte „Flexibilitäts-Sicherheits-Konzept“ muß eine für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen vorteilhafte Situation garantieren. Dies wäre einer der wichtigsten Bereiche für Verhandlungen im Rahmen des Sozialen Dialogs auf Europäischer Ebene. Um bessere Bedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung zu schaffen, müssen neue Arbeitsformen für alle Unternehmensarten eingeführt werden. Diese

neue Arbeitsorganisation, die eine Schlüsselfunktion des Managements darstellt, erfordert eine ordnungsgemäße Arbeitnehmerbeteiligung. Interne Flexibilität erhöht nicht nur die Produktivität der Unternehmen, sondern auch die Qualität des Arbeitslebens. Sicherheit für die Arbeitnehmer kann auch Nutzen für die Unternehmen in Form einer stabileren, zuverlässigeren und besser motivierten Belegschaft bringen.

Die Realisierung dieses Konzepts erfordert Vorbedingungen, wie z.B.:

- die Erleichterung der Anpassung der Fertigkeiten der Arbeitnehmer an die Erfordernisse des Unternehmens und gleichzeitig die Betrachtung der Ausbildung als eine Investition für Arbeitgeber und Arbeitnehmer;
- die Entwicklung von neuen Arbeitszeitvereinbarungen auf Unternehmensebene einschließlich Teilzeitarbeit, flexiblen Arbeitszeiten und Arbeitszeitpaketen, um den wechselnden Markterfordernissen zu entsprechen. Arbeitszeitverkürzungen bzw. -umverteilung oder Pläne zur vorzeitigen Pension als solche sind jedenfalls keine adäquaten Maßnahmen um KMU bei der Bewältigung der Modernisierung zu unterstützen;
- die Gewährleistung des Zugangs zu hoher Qualifikation durch die Einführung von neuen Technologien, um qualifizierte und hochproduktive Arbeitsplätze zu fördern;
- Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Verbesserung der Arbeitsorganisation.

Alle diese Veränderungen und neuen Arbeitsmodelle können nur eingeführt und angenommen werden, wenn sie in Partnerschaft mit den Arbeitnehmern und ihren Repräsentanten in Kraft gesetzt werden.

6 KMU BENÖTIGEN BESSEREN ZUGANG ZUR FINANZIERUNG

Ein weiteres wichtiges Feld, wo erfolgreiche Maßnahmen notwendig sind, ist die Verbesserung der Beziehungen zwischen Unternehmen und Banken. Die KMU in Europa haben nicht die gleichen Möglichkeiten beim Zugang zu Finanzierungen von Banken oder anderen Finanzinstitutionen. Weiters besteht ein Mangel

an Kapital für Seed-Financing und Startkapital, wodurch sowohl Unternehmensgründungen als auch langfristiges Wachstum von KMU beschränkt wird. Verbesserungen sind bei der Risikoabschätzung notwendig und KMU sollten ermutigt werden, die Vorteile und Stärken ihres Unternehmens hervorzuheben, um bessere Konditionen zu bekommen. Aktuelle EU-Programme (z.B. EIF/EIB) zur finanziellen Unterstützung von KMU sollten für die potentiellen Nutznießer leichter zugänglich, attraktiver und billiger gemacht werden.

7 EXISTENZGRÜNDUNGEN, ZAHLUNGSUNFÄHIGKEIT UND KONKURSE

Neue Unternehmen spielen eine wichtige Rolle für die Schaffung von Arbeitsplätzen. In der EU werden alljährlich rund 1 Million Unternehmen gegründet. Besondere Regelungen für Existenzgründungen im allgemeinen und der Nachweis der Leistungsfähigkeit im besonderen, werden in vielen Mitgliedstaaten als wertvolle Instrumente für die Gewährleistung von Mindestqualitätsstandards, die Förderung von Lehrausbildungssystemen und die Sicherung von Überlebensraten betrachtet. Es sollte jedoch vermieden werden, daß durch übertriebene Vorschriften für Existenzgründungen der Wettbewerb unnötig eingeschränkt und potentiell erfolgreichen Unternehmern der Eintritt in den Markt erschwert wird.

Einige europäische Länder weisen einen Mangel an Existenzgründungen auf und die Anzahl der selbständig Erwerbstätigen liegt unter dem Durchschnitt. Vergleicht man aber die Risiken von Existenzgründern im anglo-amerikanischen Gebiet mit denen in den meisten Ländern des europäischen Festlands, kann man erkennen, daß in Europa die Gefahr, mit einem Unternehmen zu scheitern, wesentlich größer ist. Das ist zum Teil auf das Fehlen von Risikokapital zurückzuführen. Die KMU müssen sich über Kredite und Darlehen finanzieren, für die zumeist mit privaten Vermögenswerten gebürgt wird, und im Fall von Zahlungsunfähigkeit verlieren sie ihre Kreditwürdigkeit und die privaten Vermögenswerte. Außerdem ist es oft verboten, nach einem Insolvenzverfahren ein neues

Unternehmen zu gründen. Die Mitgliedsstaaten sollten ihr Insolvenzrecht umfassend überprüfen und wenn notwendig ändern, um sicherzustellen, dass zwischen reinen wirtschaftlichen Mißerfolg bzw. Nachlässigkeit und Konkurs aufgrund unternehmerischer Inkompetenz oder Fahrlässigkeit unterschieden werden kann. Um die Überlebensrate von KMU in der EU zu erhöhen, sollte bei der künftigen Entwicklung von geeigneten Unternehmens- und Finanzdienstleistungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden:

- jungen Unternehmen (über 50 % der gescheiterten Unternehmen existierten weniger als 10 Jahre);
- Unternehmen in Sektoren und Regionen, die sich im Strukturwandel befinden;
- Verbesserung der unternehmerischen Fertigkeiten und Qualifikationen um deren Kapazität zur Unternehmensführung zu verbessern

8 QUALITÄTSSTANDARDS: REGULIERUNG ODER ZERTIFIZIERUNG

Europa ist durch eine große Vielfalt an Kulturen und Traditionen gekennzeichnet. Ein hervorragendes Beispiel dafür sind die vielfältigen Ansätze der Mitgliedsstaaten der EU in bezug auf das Recht, in bestimmten Sektoren ein Unternehmen zu gründen. Während der angelsächsische Ansatz keine besonderen Qualifikationen oder Diplome erfordert, verlangen Länder wie Deutschland, Österreich und Luxemburg einen sogenannten „Meisterbrief“. Dieses System hat beeindruckende Ergebnisse erbracht. So scheitern beispielsweise in Deutschland nur 8 % der Gewerbebetriebe in den ersten 5 Jahren ihres Bestehens. Der europäische Durchschnitt liegt bei 50 %. Andererseits ist anzuerkennen, daß sich andere Systeme, wie z.B. der angelsächsische Ansatz, ebenfalls als lebensfähig erwiesen haben. Ganz gleich, welches System angewandt wird, die Qualität der Produkte und Dienstleistungen kann am besten gewährleistet werden, wenn der Unternehmer und seine Beschäftigten eine erstklassige allgemeine und berufliche Bildung (Lehre, Schule oder Universität) besitzen und regelmäßig an

Weiterbildungsprogrammen teilnehmen. Aus- und Weiterbildung sind also eine Grundvoraussetzung für Qualität.

Das Fehlen von Qualitätssicherungssystemen hat jedoch zu einer Situation geführt, in der die Industrie und die Behörden versuchen, Qualitätszertifikate einzuführen. Heute ist das System ISO 9000, das auf einer völlig anderen Basis funktioniert als der „Meisterbrief“, in der europäischen Wirtschaft fest verankert. Viele KMU, besonders jene, die als Zulieferer für Großunternehmen arbeiten, waren gezwungen, sich zertifizieren zu lassen. Die Zertifizierungskosten waren relativ gesehen höher als für größere Gesellschaften. Das System ISO 9000 ist jedoch fest etabliert und die KMU müssen damit leben. Trotzdem kann nicht akzeptiert werden, daß die KMU relativ höhere Kosten zu tragen haben als die Großunternehmen. Die KMU brauchen vereinfachte Verfahren und finanzielle Anreize.

In den letzten Jahren wurden verschiedene andere Zertifizierungssysteme entweder von den Behörden (CE-Kennzeichen, Öko-Audit) oder von der Großindustrie (ISO 14000, Keymark) eingeführt. Aus dieser Fülle an freiwilligen und verpflichtenden Zertifizierungssystemen resultiert eine unerträgliche finanzielle Belastung und ein übermäßiger bürokratischer Aufwand besonders für KMU. Manchmal scheinen sie eher einträgliche Geschäfte für die Zertifizierungsstellen als eine Verbesserung der Produktqualität zu bewirken. Die KMU brauchen einfache und kohärente Zertifizierungssysteme mit einem Mindestmaß an externen Zertifizierungsanforderungen.

9 KMU BENÖTIGEN EINEN BESSEREN ZUGANG ZUR QUALIFIKATION

Jahrelang war Europa mit dem Problem einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit konfrontiert. Gleichzeitig mußten die Unternehmen in Europa die Herausforderung meistern, um qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Das hat bereits zu großen sozialen und wirtschaftlichen Spannungen geführt. Deshalb kommt der Vorbereitung einer Arbeitnehmergeneration, die entsprechend den Anforderungen der Wirtschaft und der Unternehmen ausgebildet ist, herausragende

Bedeutung zu. Das wurde auch durch die Probleme mit der Ausbildung einer neuen Generation von Unternehmern bewiesen. In den nächsten Jahren werden immer mehr aktive KMU schließen, weil ihr derzeitiger Eigentümer in den Ruhestand treten wird. Gebraucht werden Leute mit dem Willen zum Erfolg, sehr guter Kenntnis über Unternehmen, Kreativität und dem Mut, sich selbständig zu machen und unabhängig zu bleiben.

Eine wirksame Antwort auf das Qualifikationsproblem sowohl für die Beschäftigten als auch für die Eigentümer ist die Lehrausbildung, die einerseits die Jugendlichen auf die Marktanforderungen vorbereitet und andererseits die Basis für gut vorbereitete Unternehmer schafft.

Um Ergebnisse auf diesem Gebiet zu garantieren, müssen die KMU die Verbesserung der Lehrausbildung unterstützen. Eine qualitätsvolle Lehrausbildung bildet ein Schlüsselement für den Erfolg der Jugendlichen und der Unternehmen. Eine weitere wichtige Aufgabe für die nächste Zukunft besteht in der Schaffung einer engeren Verbindung zwischen der Erlangung einer Qualifikation und ihrer unmittelbaren Anwendung im Beruf.

10 KMU BENÖTIGEN EINE EINFLUBREICHE INTERESSENVERTRETUNG

Die KMU können ihre Interessen im politischen Entscheidungsprozeß nur durchsetzen, wenn sie über eine mächtige Vertretung verfügen. Das gilt für die regionale, nationale und auch europäische Ebene. Andererseits ist es schwieriger, eine große Gruppe von Kleinen (Unternehmen) zu organisieren als eine kleine Gruppe von Großen. So sind die Vertreter der Großunternehmen in der Regel viel stärker als die Vertreter der KMU. Um dieses Ungleichgewicht abzustellen, haben viele Länder spezielle Regelungen geschaffen (obligatorische Mitgliedschaft, bevorzugter Zugang zu Informationen, Exklusivrechte, öffentliche Unterstützung usw.).

Um ein anerkannter Partner im politischen Entscheidungsprozeß zu werden, ist es auch wesentlich, daß die Organisation für die gesamte Wirtschaft bzw. große Teile von ihr sprechen kann

(umfassende Organisation), und nicht nur spezielle Interessen vertritt (Lobby).

UEAPME ist nach all ihren Zusammenschlüssen und der Aufnahme neuer Mitglieder auf dem besten Weg, diese Rolle zu erfüllen, aber es sind noch weitere Schritte erforderlich.

- UEAPMEs Fähigkeit einen starke Rolle auf europäischer Ebene zu spielen, hängt auch davon ab, welche Rolle ihre Mitglieder auf nationaler Ebene spielen.
- Umgekehrt, nur wenn UEAPME erfolgreich die Interessen der KMU in Europa vertritt, werden ihre Mitglieder bereit sein, UEAPME mit Know-how, Input und Finanzmitteln zu unterstützen.
- Wenn die europäischen Institutionen (Kommission, Parlament, Rat) eher einen kompetenten und starken Partner von und für die KMU, der alle Bereiche der unternehmensbezogenen Politiken behandelt, und nicht nur „Kontakte“ mit Interessenvertretungen wünschen, dann müssen sie UEAPME organisatorische Unterstützung gewähren, so wie sie es bei UNICE tun. Eine ausgewogene Vertretung der gesamten Wirtschaft erfordert eine gerechte Behandlung der großen Unternehmen und der KMU. Deshalb muß UEAPME in vollem Umfang als unabhängiger europäischer Arbeitgeberverband und voll verhandlungsfähiger Sozialpartner anerkannt werden.

EINE NEUE
EUROPAPOLITISCHE
AGENDA FÜR
HANDWERK
UND KMU



IN DIESEM ABSCHNITT WERDEN JENE POLITISCHEN ANSÄTZE DARGESTELLT, DIE AUF EUROPÄISCHER EBENE NOTWENDIG SIND, UM DEN KMU ZU HELFEN, DIE OBEN BESCHRIEBENEN HERAUSFORDERUNGEN ZU BEWÄLTIGEN BZW. DIE AUFGEZEIGTEN STRATEGIEN ZU VERFOLGEN.

1 UNTERNEHMENSPOLITIK FÜR KMU – ERHÖHUNG DER DYNAMIK

Die Unternehmenspolitik ist eine horizontale Politik mit dem Ziel, ein günstiges Umfeld für die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten als Ganzes in einem offenen und transparenten Kontext zu schaffen.

Zur Reduktion der Belastungen aufgrund von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften ist es unumgänglich, dass die Empfehlungen aus dem BEST Report ohne weitere Verzögerung umgesetzt werden. Dies ist eine der wichtigsten Elemente der neuen Charta für Kleine Unternehmen.

Eine europäische Unternehmenspolitik, die Innovation und nachhaltige Entwicklung fördert und die Flexibilität, Investitionen in Wissen, Risikobereitschaft sowie die Verbreitung von Informationen über Know-how anregt, sollte einen "think small first"-Ansatz verfolgen. Dieser sollte das Leitprinzip bei der Bestimmung von

konkreten politischen Maßnahmen sein. Eines der Kernelemente der europäischen Unternehmenspolitik müßte in der Verringerung des bürokratischen Aufwands sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene bestehen. In diesem Zusammenhang sollte eine reale Analyse der Auswirkungen von Vorschriften und Instrumenten zur Beurteilung des Verwaltungsaufwands realisiert werden. Der Zugang zu angemessenen Finanzen bleibt eine der wichtigsten Herausforderungen für die Entwicklung der KMU in der EU. Die KMU besitzen nach wie vor eine zu dünne Kapitaldecke, haben noch immer Probleme, Bankkredite und Darlehen zu vernünftigen Preisen zu erhalten, und schnell wachsende Gesellschaften werden durch die unterentwickelten europäischen Kapitalmärkten behindert. Der erste Schritt ist stets, durch private Initiativen mit öffentlicher Unterstützung die Entwicklung eines besseren Verhältnisses zwischen den Unternehmen und den Banken zu fördern. Gegenwärtig besteht ein grundlegendes kulturelles Problem in Europa darin, daß Konzepte für Unternehmen und unternehmerische Fertigkeiten kaum in den Lehrplänen der Schulen und in den Medien auftauchen. Konkrete Programme und Anreize für eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen, sollten die Privatwirtschaft stimulieren. Die Medien in Europa sollten zur Förderung der Unternehmenskultur angeregt werden. Zusätzlich sind Maßnahmen zur Unterstützung beim Übergang von Betrieben, insbesondere beim Generationswechsel notwendig. Innovation und neue Technologien sind Schlüsselemente für die Entwicklung der KMU in Europa. Das 5. FT&E-Rahmenprogramm sollte mit anderen, sogenannten „immateriellen“ Faktoren wie Innovation, geistigem Kapital und neuen Betriebsabläufen zusammenwirken. Besonders die KMU haben große Schwierigkeiten, diese neuen Herausforderungen zu bewältigen. Sie liegen auch bei der Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie des elektronischen Handels in ihren Unternehmen zurück. Es sollten spezielle Maßnahmen durchgeführt werden, um bei den Unternehmen Vertrauen in die Systeme herzustellen, besonders in bezug auf elektronische Signaturen, sichere Zahlungen usw. Schließlich sollten die KMU durch ihre repräsentative europäische Organisation (UEAPME)

in vollem Umfang in das Benchmarking der Europäischen Kommission zur Unternehmenspolitik einbezogen werden.

2 AUßENBEZIEHUNGEN UND HANDELPOLITIK FÜR KMU – OFFENE MÄRKTE, ABER FAIR PLAY

Die KMU sind von den verschiedenen bilateralen und multilateralen Übereinkommen der EU mit Drittländern, wie z.B. Assoziierungsabkommen, Stabilisierungsabkommen und Übereinkommen im Rahmen von WTO, IAO, OECD u.a., betroffen. In diesen Übereinkommen geht es sehr oft nicht nur um den Marktzugang in Drittländern, sondern auch um den Zugang von Drittländern zu den Märkten der EU. Das schließt auch Regelungen für den freien Dienstleistungsverkehr und die Niederlassungsfreiheit ein. Im Ergebnis dessen sind die KMU von solchen internationalen Übereinkommen betroffen, selbst wenn sie nur auf den lokalen Märkten agieren.

Die Tätigkeit von UEAPME im Bereich der Außenbeziehungen war bisher hauptsächlich projektbezogen. Wenn UEAPME aber, so wie sie es für sich beansprucht, die „Stimme“ der europäischen KMU sein will, muß sie auch die Interessen der KMU in diesem Bereich vertreten. Das bedeutet, daß wir uns bemühen müssen, Einfluß auf die Verhandlungen und die Umsetzung solcher Abkommen zu nehmen, die hauptsächlich durch die Großindustrie motiviert werden. Darüber hinaus muß UEAPME ihre Beziehungen und die Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedern in den Bewerberländern und mit ihren Partnern im MEDA-Gebiet verbessern. Das ist nicht nur notwendig, um den Einfluß der KMU auf den Entscheidungsprozeß zu verbessern, sondern kann auch zur Verbesserung des Geschäftsumfelds für KMU auf beiden Seiten beitragen.

3 WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR KMU – WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Die KMU hängen auch von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Zuwachsraten des BIP, die Stabilität des

Finanzsektors und der Kapitalmärkte, die Inflationsrate und die Lohnentwicklung sind ebenso Schlüsselfaktoren für die Entwicklung und den Erfolg der KMU wie der Regulierungsrahmen und die Fähigkeit, sich an den Strukturwandel anzupassen und externe Schocks zu verkraften. Die unterlassene Durchführung der notwendigen strukturellen Veränderungen auf den Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitsmärkten, wie sie von der Europäischen Kommission in ihren Berichten Cardiff I und II sowie im Wirtschaftsbericht 1999 gefordert wurden, stellt eine der Hauptursachen für die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme Europas, wie geringe Zuwachsraten, hohe Arbeitslosigkeit und relativ wenig Unternehmen und Selbständige dar. Die Langzeitarbeitslosigkeit und die Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt können in vielen Mitgliedstaaten nicht ohne weitere Reformen der Arbeitsmarktvorschriften und der Sozialversicherungssysteme gelöst werden. Derzeit bieten letztere nicht die richtigen Anreize für potentielle Arbeitnehmer, wieder eine Arbeit aufzunehmen.

Im Bereich der Makroökonomie unterstützt UEAPME den Stabilitätspakt, um niedrige Inflationsraten und Zinssätze zu bewahren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen einige Mitgliedstaaten weitere Schritte zur Konsolidierung ihres Haushalts unternehmen bzw. ihre Ausgabenstruktur dahingehend ändern, daß mehr Geld für Investitionen, anstatt für den Verbrauch aufgewandt wird.

Bei der Stabilisierung des makroökonomischen Rahmens spielt auch die Lohnentwicklung eine maßgebliche Rolle. UEAPME ist besorgt über den Inflationsdruck durch Lohnerhöhungen in den schneller wachsenden Volkswirtschaften sowie über das zu geringe Maß an Differenzierung der Löhne im Hinblick auf die Produktivität. Wenngleich die Tarifverhandlungen auf nationaler, regionaler, sektoraler oder Unternehmensebene zu führen sind, ist die Lohnentwicklung aufgrund ihres Einflusses auf die Währungspolitik der Europäischen Zentralbank zu einem wichtigen europäischen Thema geworden.

Ferner ist UEAPME besorgt über den zunehmenden Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten, denn die KMU haben weniger Möglichkeiten als die großen Unternehmen, die Chancen zu nutzen, die sich aus den

unterschiedlichen Steuersystemen und offenen Finanzmärkten in der EU oder der Weltwirtschaft ergeben. Außerdem hat dieser Steuerwettbewerb zur Folge, daß die Mitgliedstaaten sich gezwungen sehen, die steuerliche Belastung der Arbeit zu erhöhen, um die Finanzierung des Staatshaushalts und der Sozialversicherungssysteme sicherzustellen. Nur durch eine wirksame Koordinierung der verschiedenen Steuersysteme, die eine vergleichbare Besteuerung beider Gruppen von Unternehmen gewährleistet, kann ein funktionaler und fairer Wettbewerb garantiert und eine Senkung der Lohnnebenkosten erreicht werden.

4 SOZIALPOLITIK FÜR KMU – FAIRE ARBEITSBEZIEHUNGEN UND VERANTWORTUNGSBEWÜBTSEIN

Trotz der Rolle und der Bedeutung der KMU in der europäischen Wirtschaft – gegenwärtig sind zwei Drittel der Arbeitnehmer in KMU beschäftigt –, wird die europäische Sozialpolitik noch immer nach dem Modell der industriellen Arbeitsbeziehungen gestaltet. Die europäischen Gesetzgeber müssen klar berücksichtigen, daß die KMU nicht lediglich eine verkleinerte Ausgabe der Großunternehmen sind, sondern eine andere Organisationsform und ein Gesellschaftsmodell mit anderen Funktionsregeln aufweisen.

Als Sozialpartner billigt UEAPME, daß die vertragliche Dimension und der soziale Dialog der europäischen Integration und der europäischen Sozialpolitik inhärent sind. Deshalb ist UEAPME bereit, neue Verantwortung auf europäischer Ebene zu übernehmen.

UEAPME ist jedoch der Auffassung, daß die gegenwärtige europäische Sozialpolitik, deren Spielraum durch den Vertrag von Amsterdam erweitert wurde, an die KMU angepaßt werden sollte. Eine aktive, beschäftigungsorientierte Politik zählt zu den obersten Prioritäten der EU und die potentielle aktive Rolle der KMU in diesem Rahmen ist unbestreitbar. Eine neue europäische Sozialpolitik muß in der Lage sein, die Vereinfachung der Rechtsvorschriften mit einer strikten Beschränkung der neuen Rechtsvorschriften auf die Vermeidung von unlauterem Wettbewerb zu kombinieren, um ein angemessenes Niveau der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten, die nationalen und europäischen Rechtsvorschriften besser zu koordinieren und so eine übermäßige Belastung der KMU zu vermeiden.

Mittelfristig sollten von den europäischen Sozialpartnern Überlegungen zu den sozialen Herausforderungen des europäischen Modells angestellt werden. Diese sollten u.a. folgende Schwerpunktthemen umfassen:

- Tarifverhandlungen;
- flexible Arbeitszeiten und neue Formen der Arbeit;
- Berufsausbildung und lebenslanges Lernen in Verbindung mit der Einführung neuer Technologien;
- Erleichterung der Mobilität der Arbeitnehmer im Binnenmarkt;

Eine neue europäische Sozialpolitik soll nicht die KMU systematisch von allen diesen Pflichten ausnehmen, muß sich aber auf die Grundsätze beschränken und die detaillierte Gesetzgebung den am besten für ihre Umsetzung geeigneten Ebenen und Akteuren (nationale, regionale, lokale oder Unternehmensebene) überlassen.

Eine neue Sozialpolitik der EU muß dazu beitragen, die Funktionsweise des Arbeitsmarktes zu verbessern, dabei aber den Flexibilitätsbedarf der Unternehmen berücksichtigen und Zwänge und Belastungen vermeiden, die die KMU an der Erweiterung und Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen hindern würden.



UEAPME ENGAGIERT SICH FÜR DAS HANDWERK UND KMU

1 UEAPME – DIE „STIMME“ DER KMU IN EUROPA

UEAPME erhält ihre „Stimme“ direkt von ihren Mitgliedern und deren Mitgliedsunternehmen. Heute ist UEAPME der Arbeitgeberverband, der auf europäischer Ebene die Interessen des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe in der Europäischen Union und den Bewerberländern für den Beitritt zur Europäischen Union vertritt. Sie ist gemeinnützig und unparteiisch. Bei ihren 69 Mitgliedsorganisationen handelt es sich um nationale branchenübergreifende Verbände, europäische Branchenverbände und andere assoziierte Mitglieder, die das Handwerk und die Klein- und Mittelbetriebe unterstützen. Von den 19 Millionen Unternehmen in der Europäischen Union vertritt UEAPME 7 Millionen mit über 30 Millionen Beschäftigten. In ganz Europa vertritt UEAPME über 10 Millionen Unternehmen mit fast 50 Millionen Beschäftigten. UEAPME ist damit die einzige umfassende Organisation für KMU auf europäischer Ebene.

2 UEAPME – PARTNER FÜR KMU-POLITIK IN EUROPA

Seit ihren tatsächlichen Anfängen 1979 hat sich UEAPME zum Partner für die europäischen Institutionen, internationalen Organisationen und anderen Gremien bei der Formulierung aller Politiken, die die europäischen KMU betreffen, entwickelt. Als einziger vollkommen repräsentativer Arbeitgeberverband (der in allen EU-Ländern und Wirtschaftsbereichen vertreten ist) der KMU auf europäischer Ebene, hat UEAPME ein Niveau erreicht, das ihr wirklich erlaubt, neben den Vertretern der Großindustrie und der Gewerkschaften, Einfluß auf die europäische Politik zu nehmen. Die Aufnahme als vollberechtigter Partner in den Europäischen Sozialdialog ist nur ein Beispiel dafür. Sowohl aus der Sicht der Mitglieder und potentiellen Mitglieder von UEAPME als auch der politischen Entscheidungsträger besteht eindeutig Bedarf an einem solchen Partner auf europäischer Ebene. Erst in den letzten Jahren begann die europäische Politik, bei der Gestaltung,

Erarbeitung und Umsetzung von europäischen Rechtsvorschriften die Interessen der KMU zu berücksichtigen. Für KMU ist es unmöglich, sich durch das Dickicht der europäischen Rechtsvorschriften zu schlagen und eine direkte und ständige Vertretung in Brüssel, dem Herzen Europas, zu etablieren um ihre spezifischen Interessen allein zu vertreten. Deshalb haben sie die UEAPME gebeten, das für sie zu übernehmen und nicht nur in politischen Kampagnen eine Stimme zu haben, sondern auch das Zentrum für das europäische Unternehmertum im weitesten Sinne zu bilden und so einen Ausgleich zu den Interessen der Großindustrie zu schaffen, die recht gut in der Lage ist, ihre eigenen Interessen auf gleichberechtigter Basis zu vertreten. UEAPME erledigt folgende Aufgaben für ihre Mitglieder:

- Sie informiert sie über alle Aspekte und Themen der europäischen Politik, die auf irgendeine Weise das Handwerk und die Klein- und Mittelbetriebe betreffen.
- Sie informiert alle Institutionen der EU (Kommission, Parlament, Rat, Wirtschafts- und Sozialausschuß, Ausschuß der Regionen) über die Bedürfnisse und Ansichten ihrer Mitglieder.
- Sie vertritt die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den europäischen Institutionen und anderen öffentlichen oder privaten internationalen Organisationen und Vereinigungen.
- Sie löst ihre Probleme auf europäischer Ebene und hilft ihnen bei Bedarf, Lösungen für nationale Herausforderungen zu finden, wenn diese mit den Zielen von UEAPME einhergehen.

3 NORMAPME – DIE „STIMME“ DER KMU IN DER EUROPÄISCHEN NORMUNG

Vielfach beherrschen die großen Unternehmen die technischen Ausschüsse der europäischen Normungsgremien. Folglich bleibt bei den europäischen Normen die besondere Situation der KMU oft unberücksichtigt und die KMU werden verspätet informiert. Beides schwächt ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Entsprechend diesem dringenden Erfordernis wurde NORMAPME gegründet, um die Beteiligung

von Fachleuten aus den KMU am europäischen Normungsprozeß zu verbessern und die Interessen der KMU in die Arbeit der technischen Ausschüsse einzubringen, die Fachleuten der KMU andernfalls verschlossen bleiben würden.

NORMAPME muß aber ihre Aktivitäten weiter ausbauen:

- Die Anzahl der technischen Ausschüsse, in denen NORMAPME vertreten ist, muß deutlich erhöht werden. Das ist aber nur möglich, wenn die Mitglieder von NORMAPME bereit sind, an dieser Arbeit teilzunehmen. Obwohl sie als erste unter „KMU-unfreundlichen“ Normen leiden, ist ihre Beteiligung immer noch zu gering.
- Die Unterstützung durch die Mitglieder von NORMAPME ist um so wichtiger, als die personellen und finanziellen Ressourcen in absehbarer Zukunft streng begrenzt bleiben werden.
- Es ist auch klar, daß die Mitglieder von NORMAPME nicht in der Lage sind, alle notwendigen Aktivitäten zu finanzieren. Deshalb wird NORMAPME weiter von finanzieller Unterstützung seitens der Europäischen Kommission abhängen.

4

AKADEMIE AVIGNON – EUROPÄISCHER THINK-TANK FÜR KMU

Die Akademie Avignon ermöglicht dem Handwerk und den Klein- und Mittelbetrieben sowie ihren Organisationen auf ein Wachstum im europäischen Integrationsprozeß, auf einen tiefgreifenden Wandel in der Kommunikation und den internationalen Beziehungen sowie auf das Erbe an Wissen und Ressourcen einzulassen, um Nutzen aus der europäischen Wertschöpfung zu ziehen.

Deshalb wird die Arbeit der Akademie stark durch die Anforderungen der Unternehmen, von UEAPME und anderen Förderverbänden geprägt. Diese Arbeit soll dazu beitragen, die Stimme des Handwerks und der Klein- und Mittelunternehmen unter den wirtschaftlichen und sozialen Akteuren zu verstärken und unter neuen Bedingungen die europäische Unternehmenspolitik der nächsten Jahre mitzugestalten.

Derzeit ist die Akademie mit der Umsetzung der Ergebnisse aus der Pilotphase beschäftigt, die der Akademie Avignon wissenschaftliches Ansehen, eine geeignetere Rechtsform als europäische Stiftung und eine institutionelle Rolle auf europäischer Ebene verschaffen sollen.

